

und für den Kauf von Büchern, die Verbesserung der Schuleinrichtungen u.ä. verwenden.

Die körperliche Arbeit für Schüler gewinnt zunehmend wieder an Bedeutung. Dafür sind in erster Linie ideologische Gründe maßgebend; doch scheint auch der materielle Aspekt eine nicht zu unterschätzende Rolle zu spielen, weil die Schulen vom Staat höchst unzureichend versorgt werden und sie mit den Erträgen ihrer eigenen Produktion ihr Budget aufbessern können. Dem Staat dürfte die Ausweitung der Produktion an den Schulen sehr willkommen sein. -st-

**AUSSENWIRTSCHAFT**

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

\*(28)

**14 weitere Wirtschaftssonderzonen**

Auf einer gemeinsam vom Sekretariat des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und vom Staatsrat abgehaltenen 12tägigen Konferenz, die am 6.4.1984 in Beijing zu Ende ging, wurde angekündigt, daß in 14 weiteren chinesischen Küstenstädten eine "flexible Wirtschaftspolitik" durchgeführt werden soll. An der Konferenz nahm die höchste Führungsschicht Chinas teil, darunter Generalsekretär Hu Yaobang und Premierminister Zhao Ziyang. Deng Xiaoping, der mit den Teilnehmern der Konferenz zusammentraf, erklärte nach seiner Inspektionstour in den 4 Wirtschaftssonderzonen in den Provinzen Guangdong und Fujian, daß China die Öffnungspolitik auf breiterer Basis durchführen sollte.

TABELLE: Aufbau der Wirtschaftssonderzone Shenzhen 1979-1983

	1979	1980	1981	1982	1983	insgesamt
Investbau-Investitionen (Mio Yuan)	49,880	124,870	270,390	632,650	885,930	1.963,720
Industrieller Bruttoproduktionsw. (Mio Yuan)	60,610	84,440	242,820	362,120	720,410	1.470,400
<b>ausländisches Kapitalengagement (Mio HK\$)</b>						
- abgeschl. Verträge (Anzahl)	170	303	578	583	878	2512
- vertraglich vereinbarte Investitionen	234,980	2135,570	6800,000	1419,490	2633,940	13223,980
- durchgef. Investitionen	120	250	590	880	1130	2970
<b>Wirtschaftliche Beteiligungsformen (Anzahl der Projekte)</b>						
- Joint Ventures	7	4	13	11	92	127
- Gemeinschaftsunternehmen	30	24	39	47	149	289
- nur ausländisches Kapital	-	5	18	8	13	44
<b>Verteilung nach Branchen (Anzahl)</b>						
- Industrie	112	243	321	457	714	1847
- Handel, Nahrungsmittel, Dienstleist.	5	10	5	25	87	132
- Transport, Kommunikationswesen	3	4	5	1	15	28
- Immobilien	2	9	25	6	17	59
- Tourismus, Erholung	2	5	3	2	4	16
- Landwirtschaft, Vieh- und Fischzucht, sonstige	46	32	218	86	41	423
<b>Gebäude (qm)</b>						
- fertiggest. Gebäude	130.113	346.303	545.944	926.662	1464.000	3413.022
- Wohnraum	52.617	178.546	234.067	455.687	624.000	1544.917

Quelle: RMRB, 29.3.1984

TABELLE: Investitionsstruktur in Shenzhen bis Ende 1983

	absolut Mrd.HK\$	Anteil in %
Industrie	1,29901	43,58
Immobilien	0,78935	26,48
Tourismus	0,15080	5,06
Handel, Nah- rungsmittel, Dienstleist.	0,22465	7,54
Transport, Kommunikationswesen	0,03704	1,24
Landwirtsch., Viehzucht	0,04479	1,50
Sonstiges	0,43517	14,60
Insgesamt	2,98081	100,00

Quelle: RMRB, 29.3.1984

Die 14 Städte sind wie folgt:

Dalian, Qinhuangdao, Tianjin, Yantai, Qingdao, Lianyungang, Nantong, Shanghai, Ningbo, Wenzhou, Fuzhou, Guangzhou, Zhanjiang und Beihai.

Zusammen mit den bereits vor mehreren Jahren gegründeten Wirtschaftssonderzonen Shenzhen, Zhuhai, Shantou und Xiamen und der mit autonomen Sonderrechten ausgestatteten Insel Hainan ist damit die gesamte chinesische Küstenregion unter Einschluß der meisten größeren Häfen von einem Netz wirtschaftlicher Sondergebiete überzogen. Den neuen und weiter östlich und nördlich gelegenen Wirtschaftssonderzonen dürfte insbesondere die Aufgabe zufallen, in größerem Umfang als bisher auch japanisches Kapital und Know-how anzuziehen. Während der Konferenz wurden Mittel und Wege zur Beschleunigung der Entwicklung der Hafenstädte sowie zu einer umfangreicheren Nutzung ausländischer

Finanzierung und Hochtechnologie zur Diskussion gestellt. Die Teilnehmer schlugen u.a. vor, die bestehenden Vorschriften zu lockern, um die Intensivierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen dieser Städte zu fördern. Die Schaffung der wirtschaftlichen Entwicklungszonen in einigen der genannten Städte soll schrittweise außerhalb der städtischen Zentren erfolgen. Eine entsprechende Infrastruktur soll die Ansiedlung von chinesisch-ausländischen Joint Ventures, gemeinschaftlich geführten Betrieben und ausländischen Allein Gründungen ermöglichen.

Nach Meinung von Handelskreisen in Hongkong haben vermutlich die Anfangserfolge der an Hongkong grenzenden Wirtschaftssonderzone Shenzhen den chinesischen Plan angeregt, an anderen Orten ebenfalls Wirtschaftssonderzonen zu konzipieren. Ob bei allen Expansionsvorhaben jedoch berücksich-



tigt worden sei, daß der Erfolg von Shenzhen in erster Linie der Nähe und Mitwirkung Hongkongs zuzuschreiben sei, könne mit guten Gründen in Zweifel gezogen werden. Die Entwicklung in den anderen bereits bestehenden drei Wirtschaftssonderzonen schreitet nämlich langsamer voran als die Entwicklung in Shenzhen.

Ein Artikel in der Volkszeitung vom 29.3.1984 verteidigt ausdrücklich die Entscheidung, Wirtschaftssonderzonen zu gründen. Besonders wird die Wirtschaftszone Shenzhen herausgestellt. Aus der Tabelle "Aufbau der Wirtschaftszone Shenzhen 1979-1983" kann der Umfang der Investitions- und des ausländischen Kapitalengagements abgelesen werden. Danach war das Jahr 1983 besonders günstig für Neugründungen. So wurden in Shenzhen beispielsweise 92 Joint Ventures gegründet, mehr als in den Jahren 1979-1982 zusammen. Auch die Zahl der Gemeinschaftsunternehmen stieg beträchtlich an: Von durchschnittlich 40 Neugründungen in den Jahren 1979-1982 auf 149 Neugründungen im Jahre 1983. Die Tabelle "Investitionsstruktur in Shenzhen bis Ende 1983" zeigt, daß industrielle Projekte mit 43,58% des insgesamt investierten Kapitals an der Spitze stehen. Es folgen Immobilienprojekte mit 26,48%. Im Transport- und Kommunikationswesen ist mit 1,24% der Investitionen nur ein geringes Engagement erkennbar; der größte Teil der Investitionen in diesem Bereich wird von den verschiedenen staatlichen Stellen der Volksrepublik China durchgeführt und tritt in dieser Statistik nicht auf.

Die neue Planung der wirtschaftlichen Sondergebiete steht im gewissen Gegensatz zu der noch vor etwa zwei Jahren geäußerten offiziellen Ansicht, daß neben den vorhandenen Wirtschaftssonderzonen keine weiteren Gründungen vorgesehen wären. Für die Erklärungen des Kurswechsels können zwei wichtige Gründe angeführt werden. Zum einen solle sich die Modernisierung des Landes nach der strategischen Gesamtplanung von den höher entwickelten Küstengebieten Chinas auf die übrigen Landesteile ausweiten. Für die dazu erforderliche Initialzündung durch ausländische Kooperationen müßten günstige Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu seien die bestehenden Wirtschaftszone im Süden des Landes allein nicht ausreichend, zumal der Grenznutzen geringer zu werden scheint. Zum anderen, so heißt es weiter in Geschäftskreisen Hongkongs, solle wahrscheinlich die Bildung eines Entwicklungs- und Wohlstandsschwerpunktes in Südchina vermieden werden. Die

Küstenregionen des Nordens sollten nicht aufgrund unterschiedlicher administrativer Voraussetzungen in ihrer Entwicklung und Modernisierung hinter den Provinzen Guangdong und Fujian mit ihren bereits etablierten Wirtschaftssonderzonen zurückfallen.

Welche Form die neuen Wirtschaftszone in den vierzehn Städten entlang der Küste annehmen werden, ist noch nicht bekannt. Die flexible Politik, die in den vierzehn Städten verfolgt werden soll, so heißt es in einem Bericht der Nachrichtenagentur Xinhua vom 6.4.1984, wird die gleiche sein wie einige Politiken, die nun in den bereits bestehenden vier Wirtschaftszone praktiziert werden. Für die Neuplanung dürften in jedem Falle die bereits gewonnenen Erfahrungen zugrunde gelegt und damit die Fehler vermieden werden, die zu Beginn der Entwicklung der vier Wirtschaftszone gemacht wurden. In Shenzhen z.B. wurden zuerst Produktionsbetriebe errichtet, während die Infrastruktur vernachlässigt wurde, was zu beträchtlichen Schwierigkeiten und Frustrationen geführt hatte.

Die ausländischen Investoren dürften in den neuen Zonen wahrscheinlich bessere Bedingungen in dieser Hinsicht vorfinden. Gleichzeitig aber dürften sie mit bestimmten chinesischen Auflagen und Wünschen in Bezug auf die geplante Produktion oder sonstige wirtschaftliche Tätigkeiten konfrontiert werden. (RMRB, 29.3.84; XNA, 6.4.84, zit. nach SWB, 11.4.84; NfA, 12.4.84; vgl. auch Erhard Louven, Die Wirtschaftszone der Volksrepublik: Entwicklungs- und Modernisierungsprobleme, in: China aktuell, November 1983, S.682-696) -lou-

\*(29)

#### Neue Zollregelungen für ausländische Büros

Die Hauptzollverwaltung der Volksrepublik China hat Bestimmungen über den Import und Export von Gegenständen ortsansässiger ausländischer Büros und ihrer Mitarbeiter herausgegeben. Die 12 Artikel umfassenden Bestimmungen, die am 1. Mai 1984 in Kraft treten, betreffen den Import und Export sämtlicher Büroeinrichtungen und Artikel des persönlichen Bedarfs, die von in der Volksrepublik ansässigen ausländischen Büros und ihren Mitarbeitern ein- oder ausgeführt werden. Die Bestimmungen gelten für ausländische Organisationen, einschließlich ausländischer Unternehmen und anderer Wirtschafts- und Handelsorganisationen, Nachrichtenagenturen und chinesisch-ausländischen Gemein-

schaftsunternehmen in China. Entsprechend den Bestimmungen wird Gepäck, das bei der erstmaligen Einreise von Mitarbeitern, die in China wohnen, mitgeführt wird, jenen Vorschriften unterworfen, die bei Kurzbesuchen angewandt werden. Persönliche Gegenstände, die in angemessener Menge eingeführt werden, sollen zollfrei bleiben. Elektrische Haushaltsgeräte und andere langlebige Konsumgüter werden lediglich in vom Zoll festgesetzter begrenzter Menge zollfrei hereingelassen. Zoll wird auf jeden diese Begrenzung überschreitenden Artikel erhoben.

Mitarbeiter in der Volksrepublik ansässiger ausländischer Büros, die - nachdem sie eine ständige Aufenthaltsgenehmigung erhalten haben - für ihren persönlichen Bedarf weitere Gegenstände benötigen, können beim zuständigen Zollamt einen Antrag einreichen. Dies ist jedoch lediglich einmal zulässig. Kraftfahrzeuge (Autos und Motorräder) können gegen Zahlung von Zollgebühren eingeführt werden. Jeder Person ist nur ein Kraftfahrzeug erlaubt. Artikel, die von ausländischen Mitarbeitern in China ansässiger Büros, die China zeitweise verlassen, aus- oder eingeführt werden, sind zu deklarieren. Lediglich die für die Reise erforderlichen Gegenstände sind zollfrei. Büroeinrichtungsgegenstände, Fahrzeuge und persönliche Dinge, die von ortsansässigen ausländischen Büros und deren Mitarbeitern eingeführt werden, dürfen nicht ohne Genehmigung veräußert werden.

Artikel, die für die Volksrepublik politisch, kulturell, moralisch oder hygienisch als schädlich erachtet werden, sind einzuziehen; über sie verfügt das Zollamt.

Diese Bestimmungen gelten auch für Niederlassungen, die von Ausländern und von Landsleuten aus Hongkong, Macau und Taiwan betrieben werden. In den Wirtschaftszone hingegen finden diese Regelungen keine Anwendung. (XNA, 18.4.1984) -lou-

\*(30)

#### Zweite Ausschreibungsrunde für Offshore-Ölgebiete beginnt vorzeitig

Wie Qin Wencai, Präsident der China National Offshore Oil Corporation (CNOOC), am 30.3.1984 in Beijing mitteilte, laufen jetzt bereits die Vorbereitungen für die zweite Runde der Ausschreibungen für die Ölförderung im Offshore-Bereich des Südchinesischen Meeres. Ursprünglich war geplant, die zweite Runde erst Anfang 1985 beginnen zu lassen. In der ersten Runde waren 18 Verträge mit 27



ausländischen Ölfirmen aus neun Ländern abgeschlossen worden. Das Vertragsgebiet umfaßt insgesamt 39.199 qkm. Entsprechend diesen Verträgen sollen die ausländischen Partner mehr als 120 Probebohrungen innerhalb von drei Jahren niederbringen. Dies wird mehr als 1 Mrd. US\$ Risikokapital erfordern.

In den letzten drei Jahren sei in 11 von 21 Strukturen, die mit seismischen Methoden untersucht worden waren, Öl bzw. Gas gefunden worden. 19 der durchgeführten 36 Probebohrungen trafen auf Gas und Öl, wobei vier Bohrstellen mehr als 1.000 t Rohöl pro Tag fördern. Zwischen 1980 und 1983 habe China 740 Mio. US\$ ausländisches Kapital in den Offshore-Ölunternehmungen verwendet. Nach Angaben von Qin Wencai wird gegenwärtig der Modellvertrag, nach dem die Konzessionsgebiete vergeben werden sollen, angepaßt und verbessert.

Hinsichtlich der Pressemeldungen, nach denen die französische Gesellschaft Elf die Probebohrungen gestoppt habe, sagte der Präsident der CNOOC, daß dies eine normale Sache sei. Explorationen bedeuteten Risiken, und es sei nicht ungewöhnlich, daß in einem einzelnen Block kein Öl gefunden werde. Doch dies bedeute nicht, daß dieser Teil des Offshore-Gebietes nicht erfolversprechend sei.

Nachdem zwei Probebohrungen der britischen Gesellschaft BP ohne Erfolg geblieben waren und eine dritte Probebohrung nur wenig Öl gebracht hatte, waren pessimistische Berichte in der Presse über das zukünftige Engagement von BP erschienen. Der stellvertretende Chefmanager von BP zeigte sich nun optimistisch über die Ölunternehmung im Südchinesischen Meer. BP sei sehr daran interessiert, auch in der zweiten Ausschreibungsrunde mitzubieten. Gegenwärtig werde an der vierten Probebohrung gearbeitet. (XNA, 13.4.84, 31.3.84; Financial Times, 2.4.84, 16.4.84) -lou-

\* (31)

#### Lizenzen für 30 weitere Exportwaren vorgeschrieben

Nach einer Mitteilung des Ministeriums für Außenwirtschaft und Außenhandel sind vom 10. April 1984 an 30 weitere Exportwaren lizenzpflichtig. Die Zahl der Waren, für deren Export eine Lizenz benötigt wird, steigt damit auf 129. Unter den 30 Waren befinden sich Baumwollgarn, Baumwollgewebe, Baumwoll-Polyestergarn, Baumwollpolyestergewebe, Cloisonne, die sogenannten vier Schätze des Studierzimmers (Schreibpinsel, Tuschstange, Tuschplatte und Papier),

Schilfrohr, Teppiche, Erdnüsse, Sesam, Knoblauch, Wasserkonserven in Büchsen, tiefgefrorene Spanferkel, Aalbrut, Feuerlöschgeräte sowie 13 traditionelle chinesische Medizinkräuter.

Für alle diese Warenarten müssen Lizenzen beantragt werden, unabhängig von der Form, in der exportiert werden soll. Das Recht, Exportlizenzen zu genehmigen und auszustellen, liegt beim Ministerium für Außenwirtschaft und Außenhandel und anderen Institutionen, die von diesem Ministerium autorisiert worden sind. (XNA, 9.4.84) -lou-

\* (32)

#### Joint Venture für Bierproduktion gegründet

Die Paulaner-Salvator-Thomasbräu AG, München, wird in einem Joint Venture zusammen mit chinesischen Partnern eine Brauerei mit einer Ausstoßkapazität von 300.000 Hektolitern in der Wirtschaftszone Shenzhen bauen. Ein entsprechender Vorvertrag wurde nunmehr unterzeichnet, doch gilt es noch, eine Reihe von Detailfragen zu klären, so daß man mit dem endgültigen Vertragsabschluß frühestens Ende des Sommers 1984 rechnet.

Offene Punkte sind beispielsweise noch die exakte Finanzierung jener 50 Mio. DM, die die Brauerei etwa kosten wird. Man ist übereingekommen, daß die Chinesen die gesamte Infrastruktur sowie das Gebäude bereitstellen, während Paulaner die Einrichtung übernimmt. Welche Beträge dafür vom deutschen Partner zu zahlen sein werden, steht noch nicht fest, weil es sich bei den Investitionen um ein Gemisch aus Sacheinlagen, Know-how-Transfer und die Einbringung von Barmitteln handeln wird. Dementsprechend ist auch noch die Höhe des Grundkapitals der Shenzhen-Paulaner-Brauerei Limited, wie das Unternehmen offiziell heißen soll, ungeklärt. Nach einer chinesischen Quelle soll der Kapitalanteil von Paulaner 50% betragen.

Nach Auskunft eines Sprechers von Paulaner wird das Bier in Shenzhen nach dem bayerischen Reinheitsgebot gebraut werden. Dies sei zwar für die Chinesen mit Devisenausgaben für Malz verbunden, doch seien sie darauf eingegangen, weil man ein qualitativ hochwertiges Bier brauen wolle, das zu etwa der Hälfte exportiert werden soll. Das erste Bier soll in rd. 2 Jahren produziert werden. (SZ, 17.4.84; XNA, 14.4.84) -lou-

\* (33)

#### Amerikanisch-chinesische Joint Ventures

Bis Ende 1983 hatten amerikanische Firmen insgesamt 676 Mio. US\$ in der Volksrepublik investiert. Es gab 21 Joint Ventures, das waren 11% der insgesamt bestehenden 188 Joint-Ventures. Dies teilte ein Beamter des Ministeriums für Außenwirtschaft und Außenhandel in Beijing mit.

Gegenwärtig arbeiten die amerikanisch-chinesischen Joint Ventures hauptsächlich in den folgenden Bereichen: Maschinen, Motorfahrzeuge, Textilien, Ingenieurdienstleistungen, Tourismus, Medizin, öffentliches Gesundheitswesen und Verlagswesen. Die Unternehmen sind in Beijing, Tianjin, Shanghai, Guangdong, Liaoning, Sichuan und Hubei angesiedelt. Die Hälfte von ihnen hat bereits mit der Produktion begonnen.

Ein großes Joint Venture ist die Shanghai-Foxboro Company, Ltd. Dieses Unternehmen wurde am 13.4.1983 von der Shanghai Instruments Industry Company und der Foxboro Company der Vereinigten Staaten gegründet. Das Unternehmen produziert Kontrollinstrumente und Systeme für die industrielle Verarbeitung.

Das größte amerikanisch-chinesische Joint Venture ist das Great Wall Hotel in Beijing. Es wird gemeinsam vom China International Travel Service und der E-S Pacific Development and Construction Company Ltd. betrieben; die Gesamtinvestitionen betragen 72 Mio. US\$. Das 22stöckige Hotel hat 1007 Zimmer. Es wurde am 10.12.1983 auf Versuchsbasis eröffnet und hat bislang mehr als 20.000 Gäste empfangen.

Die Bechtel Corp. hat zusammen mit der China National Coal Development Corp. ein Joint Venture unter dem Namen China American International Engineering Inc. gegründet. Dieses Joint Venture soll große Kohleprojekte (Offen-Tage-Bau und Unter-Tage-Zechen, Kohlenstaub-, Pipelines und Kohlevergasungsanlagen) planen und entwerfen. Das Anfangskapital des Joint Ventures wird 3 Mio. US\$ betragen, von denen Bechtel die Hälfte einbringen wird. Die Laufzeit beträgt 15 Jahre.

Nach einer Firmenmitteilung hat die Hewlett-Packard Company grundsätzlich der Errichtung eines Joint Venture in der Volksrepublik China mit der China Electronics Import and Export Corp. zugestimmt. Das Kapital des Joint Venture, das als China-Hewlett-Packard Ltd. firmieren wird, in Höhe von 10 Mio. US\$ soll zu je 50% von beiden Partnern gehalten werden. Vorgesehen seien die Herstellung einer Reihe von Erzeug-



nissen aus der laufenden Produktion der Hewlett-Packard sowie deren Verkauf in China. Als Standort für das Joint Venture sei Beijing gewählt worden.

Im Jahre 1980 war zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik ein Abkommen über Investitionssicherungen abgeschlossen worden. Anfang 1984 wurde ein Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung und zur Verhinderung von Einkommensteuerhinterziehung abgeschlossen. (XNA, 17.4.84; IHT, 11.4.84, 23.4.84; Financial Times, 12.4.84; NZZ, 25.4.84) -lou-

## BINNENWIRTSCHAFT

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

\*(34)

### Öffentliche Ausschreibung beim Investbau eingeführt

Wie die zentrale Planungskommission mitteilt, ist beschlossen worden, von diesem Jahr an bei der Durchführung von Investbauprojekten die öffentliche Ausschreibung einzuführen. Dies sei Bestandteil der Bemühungen um eine Verbesserung des Ertrages bei Investitionen im Investbau, hieß es. In den vergangenen Jahren sei dieses System in Shenzhen, Jilin, Xiamen und Chongqing erprobt worden und habe sich als wirkungsvoll erwiesen.

In der Vergangenheit wurden die Bauprojekte von Bauabteilungen entworfen; den Projekteignern blieb keine Wahl. Für jedes Projekt, für das Entwürfe, Finanzmittel, Grund und Boden, Material und Ausrüstung bereits verfügbar sind, können Angebote eingeholt werden. Alle staatlichen oder kollektiven Baueinheiten, die über die Fähigkeit zur Durchführung des Projektes verfügen, können an der Ausschreibung teilnehmen. Wie die zentrale Planungskommission weiter mitteilte, werde dies das Monopol der Baueinheiten, die verschiedenen Abteilungen und Regionen unterstehen, brechen. Diejenige Baueinheit, die in Preis, Qualität und Bauzeit wettbewerbsfähig sei, werde als Vertragspartner gewählt. Dies werde die Qualität und die wirtschaftlichen Ergebnisse der in Angriff genommenen Projekte sicherstellen, fügte Wang Deying, der zuständige vertretende Minister, hinzu. (XNA, 2.4.84) -lou-

\*(35)

### Kapital der ländlichen Versorgungs- und Marketinggenossenschaften erhöht

Wie auf einer Tagung von Genossenschaftsdirektoren aus den Provin-

zen zu erfahren war, wird erwartet, daß das Kapital von Chinas ländlichen Versorgungs- und Marketinggenossenschaften schnell zunehmen wird, wenn die Begrenzungen für die Investitionen der Bauern aufgehoben werden. Gegenwärtig beträgt das Kapital 610 Mio. Yuan.

Die in den frühen 1950er Jahren gegründeten Genossenschaften, deren Mittel aus bäuerlichen Haushalten stammten, verfügen nun über ein großes nationales Netz von mehr als 600.000 Geschäften und Verteilungsstellen. Sie beschäftigen gegenwärtig mehr als 4 Mio. Menschen und bewältigen 62% des gesamten Einzelhandels auf dem Lande. Über 130 Mio. Haushalte, das sind 70% aller Bauernfamilien, haben bislang in den Genossenschaften investiert. Die Anteile waren bislang auf Beträge zwischen 10 bis 20 Yuan begrenzt. Es wird erwartet, daß die Dividenden, die bislang weniger als einen Yuan pro Jahr ausmachten, beträchtlich ansteigen werden.

Während der letzten zwei Jahre sind in ausgewählten Orte Versuche durchgeführt worden, wobei sich zeigte, daß die neue Investitionspolitik mit Enthusiasmus begrüßt wurde. Es gab Investoren, die mehrere Tausend Yuan anlegten, um Betriebe oder Gemeinschaftsprojekte in Partnerschaft mit örtlichen Genossenschaften zu finanzieren.

Die Reform des Genossenschafts-systems begann 1982, als das Netzwerk der ländlichen Versorgungs- und Marketinggenossenschaften wiederum in Kollektiveigentum überführt wurde, nachdem zuvor die staatliche Kontrolle immer mehr angewachsen war. In den letzten Jahren wurden die meisten Investitionskonten bereinigt und nahezu alle Mittel und Dividenden an die Bauernfamilien transferiert. Die Genossenschaften sind auch über die Versorgungs- und Marketingdienstleistungen in andere Bereiche hinausgegangen, wie Weiterverarbeitung, Baumaterialien, Investbau und Transport. In manchen Gegenden haben sie auch Großhandelsmärkte für ländliche Produkte und Waren in der Nähe großer Städte eröffnet. (XNA, 24.4.84) -lou-

\*(36)

### Angaben über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Am 30.3.1983 teilte der Demograph Liu Zheng mit, daß 51,94% der gesamten Bevölkerung der Volksrepublik beschäftigt seien. Er verglich diese Zahl aus dem Zensus des Jahres 1982 mit Zahlen aus dem Jahre 1981 für die entwickelten Länder nach Unterlagen der Vereinten Nationen und aus anderen Quel-

len. Danach betragen die Beschäftigungsraten für die Vereinigten Staaten 43,7%, Japan 47,4%, Großbritannien 41,3%, Frankreich 38,9%, Kanada 45,2%, Sowjetunion (1980) 47,3%.

Falls man für die Erwerbsbevölkerung die Altersgruppe zwischen 15 bis 64 annehme, so seien 83,2% der Altersgruppe in der Volksrepublik beschäftigt. Für die Volksrepublik gilt jedoch als Erwerbsbevölkerung die Altersgruppe von 16 bis 59 für Männer und 16 bis 54 für Frauen. Der Anteil der Beschäftigten aus dieser Gruppe für die Volksrepublik betrug 87,5%.

Sun Jingxin, stellvertretender Direktor der Abteilung für Bevölkerungsstatistik des Zentralamtes für Statistik, teilte mit, daß 73,2% der insgesamt Beschäftigten der Volksrepublik in der Landwirtschaft, Viehzucht, Forstwirtschaft und Fischerei beschäftigt seien. 97,7% dieser Menschen wären mit dem Anbau von Pflanzen beschäftigt. Von der industriellen Erwerbsbevölkerung des Landes seien 86,4% im Bereich der Herstellung beschäftigt.

Unklarheiten gibt es hinsichtlich der Arbeitslosenzahlen. So nannte Liu Zheng eine Arbeitslosenrate von 2,89%. Yue Guangzhao, ein Sprecher des Ministeriums für Arbeit und Personalwesen, nannte für Ende 1983 eine Zahl von 2,7 Mio. Arbeitslosen im urbanen Sektor, oder ca. 2% der entsprechenden Erwerbsbevölkerung. 1979 habe die Zahl der Arbeitslosen 6 Mio. betragen; sie sei im Zeitraum 1980-1982 auf durchschnittlich 3 Mio. reduziert worden. Mehr als 10 Mio. Jugendliche aus den Städten, die während der Kulturrevolution auf das Land geschickt worden waren, kamen seit 1978 wieder in die Städte zurück. Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen im urbanen Bereich dürfte höher liegen. Wie die obengenannten unterschiedlichen Zahlen ausweisen, gibt es beträchtliche Schwierigkeiten bei den chinesischen Behörden hinsichtlich des statistischen Meßkonzeptes und bei der tatsächlichen Erfassung der Arbeitslosen.

Neben der Einstellung junger Leute in staateigenen Institutionen und Fabriken ermutigt die Regierung die Jugendlichen, in kollektiv betriebenen Unternehmen zu arbeiten oder selbst Geschäfte aufzumachen. 1983 gab es 2 Mio. Privatbetriebe, 14mal soviel wie im Jahre 1978. Auch die Zahl der Institutionen, die den Jugendlichen Beschäftigung vermitteln oder berufliche Ausbildung betreiben, ist angestiegen. 1979 gab es 800 solcher Organisationen, 1983 war ihre